Bildungsstreik
wir machen weiter

linksjugend
['solid]

Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
fon: (030) 24 009 419
fax: (030) 24 009 326
mail: info@linksjugend-solid.de
www.linksjugend-solid.de

Bürozeiten
Mo – Fr 9⁰⁰ - 17⁰⁰

1. Auflage 300
Stand 24.03.2010
(Redaktion: Bundesgeschäftsführung)

Inhalt

4 Wir blechen nicht für eure Krise - wie weiter nach dem Bildungsstreik
5 Was wollt Ihr?
7 Leichen, Flashmobs, Überfälle - Politische Aktions
11 Nach dem Bildungsstreik ist vor dem Bildungsstreik
16 (Aus-)Bildungsstreik – Bündnis um Azubis erweitern!
19 ... erkämpft das Menschenrecht
22 Schwarz-gelbe Bildungskiller in den Startlöchern
25 Studienhonorar könnte eine Alternative sein
28 Bildungsfinanzierung – niemanden zurück lassen
31 Was ist ein politischer Erfolg?

Wir bluten nicht für eure Krise – wie weiter nach dem Bildungsstreik

Die Bildungsproteste in der Bundesrepublik gehen in die nächste Runde. Am 9.Juni wird es bundesweit zu einer neuen Demonstrationswelle kommen. Und es soll an die Erfolge des letzten Sommers angeknüpft werden, als in über 100 Städten 270.000 Menschen – Schülerinnen, Schüler, Studierende und Azubis – gemeinsam gegen die katastrophalen Zustände im Bildungssystem auf die Straße gingen. Denn trotz aller Mobilisierungserfolge und trotz der breiten öffentlichen Zustimmung, hat sich kaum etwas im Bildungsbereich verändert. Deutschland gehört noch immer zu den letzten Ländern, die auf das mehrgliedrige Schulsystem setzen, dem starken Motor für die Bildungs- und Einkommensungleichheit. 0,4 Prozent der HauptschülerInnen und Hauptschüler schaffen es noch auf das Gymnasium, aber über 30 Prozent der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten fallen nach unten raus. Die Zukunftschancen werden durch die "seherischen Kräfte" des Lehrpersonals verteilt. Das Ergebnis sind 80.000 SchulabbrecherInnen jedes Jahr und jede Menge blockierte Lebenspläne.

Gleichzeitig werden die Unis zu forschungsfreien Marktmaschinen, in die bei gleichzeitig verkürztem Abitur und Studiengebühren immer weniger rein kommen. Überall ist Bulimie-Lernen angesagt, der Ausbildungsmarkt ist verstopft und die Warteschleifen quellen über mit Leuten, die selbst mit Realabschluss nur noch schwer eine Ausbildung finden.

Wie aber muss unsere Strategie für die Weiterführung der Proteste jetzt aussehen? Wo lagen – bei allen Erfolgen – die Probleme bei der letzten Streikwelle und was können wir machen, um die herrschende Politik zumindest in die Richtung unserer Forderungen zu zwingen? Wie müssen wir unsere Interessen organisieren und wie schaffen wir gesamtgesellschaftliche Bündnisse von links für einen konsequenten Politikwechsel? Darauf versuchen die AutorInnen dieser Broschüre zu antworten, auch im Wissen, dass wir hier noch in der Debatte sind und die Bildungsstreikbewegung gerade erst begonnen hat, für sich eine neue Orientierung zu erarbeiten. Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und Vermehren der gewonnenen Einsichten.

für den BundessprecherInnenrat
Haimo Stiemer

Was wollt Ihr?

Benedict Ugarte Chacón

Der Bildungsstreik 2009 zeigte einerseits große öffentliche Präsenz. Andererseits blieb er im Kern bisher wenig substantiell.

Man kann an dieser Stelle das wiederholen, was an anderer Stelle schon geschrieben und gesagt worden ist: Der Bildungsstreik war ein Erfolg in seiner Präsenz. Hunderttausende Bildungsstreikende auf Demonstrationen, zahlreiche Besetzungen von universitären Einrichtungen und Schulen, punktuell auch solidarische Zusammenarbeit mit Menschen, die sich im Arbeitskampf befinden. Medial kam insbesondere die zweite Welle des Bildungsstreiks im Herbst gut weg. Viele Berichte und Kommentare waren vergleichsweise annehmbar bzw. äußerten Verständnis und auch Zustimmung zu einzelnen, von den Journalisten wahrgenommenen, Forderungen der Protestierenden. Wohl auch durch diesen Umstand sahen sich viele Akteure, die sich als verantwortlich für die Bildungspolitik betrachten, genötigt, eifrigst ihr Verständnis für die Protestierenden öffentlich kundzutun und sogar der an den BA/MA-Studiengängen geäußerten Kritik in einzelnen Aspekten zaghaft zuzustimmen. Verteidigen wollte diese „Reform“ zunächst niemand mehr so recht. Erst die Vorsitzende der Hochschulrektorenkonferenz Margret Wintermantel machte im November einen deutlichen Ausfallschritt und keilte gegen die Protestierenden. Die TAZ stellte danach zu Recht fest, dass die Protestierenden Frau Wintermantel dankbar sein sollten, da diese aus der Kuschelfront ausscherte und klar stellte, dass Hochschulrektoren prinzipiell andere Interessen haben, als Studierende. Ansonsten gaben sich die Verantwortlichen eher handzahm, was auch daran liegt, dass Forderungen nach „guter Bildung“ jeder Politiker unterschreiben kann, handelt es sich dabei doch um etwas ähnliches wie das Einfordern von schönem Wetter.

Womit wir bei einem Themenfeld wären, auf dem der Bildungsstreik bisher keine besonders gute Figur abgibt: Es werden zwar Forderungen aufgestellt, die teilweise auch radikal klingen sollen, doch den meisten dieser Forderungen fehlt es an inhaltlicher Substanz, von einer einigermaßen durchdachten Strategie zu deren Umsetzung ganz zu schweigen. Ein Bildungsstreik bedingt dabei keine, wie manchmal verlangt, bundesweit „einheitlichen Forderungen“ - was bei den unterschiedlichen Situationen in den Ländern ohnehin unsinnig wäre. Nein, es bräuchte Strategien und Szenarien zur konkreten Aushandlung des Geforderten. Wo sind die Landespolitiker zu packen, wo die Bundesregierung, wo die Hochschulpräsidenten? Wenn schon Steuergeschenke als „Wachstumsbeschleuniger“ verteilt werden, wenn schon Banken milliardenschwer gestützt werden, warum kommt bei der Bildung so gut wie nichts an? Wenn

schon die BA/MA-Studiengänge kritisiert werden, müssten sie umgestaltet oder abgeschafft werden und, wenn ja, wie soll das vonstatten gehen? Und wie soll - das wäre die Kernfrage - ein fortschrittliches Bildungssystem überhaupt aussehen? Es genügt nicht, von den Zuständigen nur konsumorientiert zu fordern, wenn gleichzeitig die Vermarktwirtschaftlichung der Bildung kritisiert wird. Es genügt aber auch nicht, Forderungen nach irgendwelchen „Systemwechseln“ in die Luft zu blasen, für die gar kein greifbarer Adressat vorhanden ist. Es werden die Politiker, die man als neoliberale Charaktermasken ausgemacht hat, nicht „das System“ ändern. Dies könnten nur „die Massen“ - und die wollen offensichtlich gar nicht.

Ergo: Was will der Bildungsstreik eigentlich? Unzufriedenheit demonstrieren oder Veränderungen anstoßen? Letzteres bedingte den mühsamen Gang durch das Jammertal des Studiums politischer Abläufe, bürokratischer Prozesse, der Funktionsweise universitärer Apparate und auf Basis dessen die Entwicklung eigener bildungspolitischer Kompetenz. Mit keiner Demonstration, Besetzung, Podiumsdiskussion der Welt kann solch eine Aneignung ersetzt werden. Aber wäre so eine trockene Ernsthaftigkeit überhaupt gewollt?

Um solcherlei Fragen wird sich konsequent herumgedrückt und lieber mit Dutzenden E-Mails über bundesweite Verteiler eine absonderliche Diskussion um die politische Nichtigkeit geführt, ob nun ein Linke.SDS-Aktiver in einer Talk Show auftreten darf oder nicht. Wenn sich hier nichts ändert, bleibt der Bildungsstreik angepasst an BA/MA-System und G8-Gymnasium: Eine Schmalspur-Veranstaltung.

Leichen, Flashmobs, Überfälle

Politische Aktionsformen und ihre Zukunft im Bildungsstreik

Claudia Fortenatu

Schüler, die in der Fußgängerzone als Leichen auf dem Boden ächzen[1]. Hundert Studierende, die in der S-Bahn ihrem Professor lauschen. Kilometerlange Trauermärsche, die unter Geheul die Bildung zu Grabe tragen[2]. Diese und andere Ungewöhnlichkeiten gehörten besonders in einer Juniwoche 2009 überall zum Stadtbild. Doch die politische Aktion hat sich auch über die Bildungsstreikwoche hinaus im Repertoire der bundesweiten Bildungsbewegung eingenistet. Mit einem wachsenden Batzen an Kreativität folgte eine Aktion der anderen, was dem Bildungsstreik 2009 zu einer unüberschaubaren Vielfalt an Aktionsformen verhalf. Einige verbreiteten ihren Charme durch den Mitmach-Charakter, wie z.B. das Bildungsmonopoly, bei dem es keine Regeln gibt und nur gewinnt, wer bescheißt. Andere spielten ihre Asse über den Tabubruch, wie es Medizinstudierende in Marburg vormachten, die unter dem Motto „Bildung blutet aus“ literweise selbst gezapftes Blut vor ihr Ministerium schütteten.

Rezept der Bildungsstreikaktionen

Gemeinsam ist all diesen Aktionen ihr schillernder Einfallsreichtum, mit dem neben dem Bildungsstreik kaum eine andere Bewegung prahlen kann. Es war nicht zuletzt dieser kreative Charakter des Bildungsstreiks, der ihn so anschlussfähig für junge Menschen machte und zu einer bundesweiten Bewegung von Lernenden, d.h. hauptsächlich von Schüler_innen und Studierenden, werden ließ. Bezeichnend hierfür ist die massenhafte Beteiligung an den Demonstrationen am 17.Juni (über 270.000) und am 17.November (über 80.000). Ebenso erfolgreich verliefen auch andere dezentrale Aktionen, deren Grundlage die bundesweite Vernetzung darstellte, beispielsweise der symbolische Banküberfall. Obgleich ich die inhaltliche Verkürzung im Motto „Geld für Bildung statt für Banken“ monieren möchte, war das Konzept partizipativ und schlüssig, sodass diese Aktion des zivilen Ungehorsams in vielen Städten der Republik Hunderte Räuber_innen hervorbrachte.

1 http://www.robinfeder.de/?p=562 ;
http://bildungsstreikpotsdam.blogsport.de/material-downloads/
(nur zwei von ganz vielen Bildungsleichen-Aktionen)
2 http://www.bildungsstreik-halle.de/trauermarsch/
(nur einer von ganz vielen Trauermärschen für die Bildung)

Last but not least sorgte auch die zunehmende Selbstorganisation kleinerer Gruppen, die autonom politische Aktionen, wie Flashmobs oder Streetart, in die Tat umsetzten, für die optimale Würze im „Bildungsauflauf“[3].

Medien spielen mit

Sowohl die schillernde Mannigfaltigkeit der Aktionsformen im Bildungsstreik, als auch die unerwartet große Beteiligung daran, erreichten gemeinsam eine öffentliche Wahrnehmung des Protests sowie unserer Forderungen. Diese Form der kollektiven Empathie ist auch Produkt der positiven Berichterstattung. So konnte sich ein gesellschaftliches Bewusstsein für die Probleme im krisenhaften Bildungssystem formen. Der Grund für diese Art von Zuspruch und Politisierung ist auch in der Spezifik politischer Aktionsformen im Bildungsstreik zu suchen.
In diesem Zusammenhang spielte die mediale Verwertbarkeit vieler Aktionen eine nicht zu unterschätzende Rolle. So labten sich daran nicht nur die etablierten Medien, von mitte-rechts über bürgerlich bis links, sondern auch die Bildungsstreikenden selbst. Wenn mensch im Mai dieses Jahres den Begriff „Bildungsstreik“ in die Suchzeile bei youtube tippte, erschien nur eine Hand voll Beiträge. Heute (05.02.2010) breiten sich über 2.000 Filmchen vor uns aus - die Mehrzahl von Protestierenden gedreht und veröffentlicht. Doch nicht nur youtube wurde zur Mobilisierungs- und Aktionsplattform umfunktioniert. Das gleiche „Schicksal“ erlitten social communities wie studi- und schülerVz, facebook oder MySpace, auf deren Servern diese neue Qualität von Organisierung gedieh.

Vom Bildungsstreik zum Studentenprotest

Ich spreche die ganze Zeit von politischen Aktionsformen, als hätten sich diese im Verlaufe des Bildungsstreiks nicht verändert. Bei der ehrlichen Reflexion kann mensch sich einiger gravierender Unterschiede allerdings nicht erwehren. Während der Protestwelle im Juni lange und intensive Planungen vorausgingen, überrollte eine Besetzungswelle die Vorbereitungen für die Proteste im November. Die Dynamik forderte ein schnelles Handeln, das wenig Raum für Kreativität und breite Mobilisierung ließ. Eine Verengung der Proteste sowie die Fokussierung auf Studierende waren die Folgen der Besetzungen an über 70 Hochschulen im Bundesgebiet, die weder für Schüler_innen oder Auszubildende noch für den Großteil der Studierendenschaft integrativ wirkten. So hörte mensch im Herbst und Winter 2009 kaum noch vom Bildungsprotest. Der „Bildungsstreik“ war aus den Titeln vieler Zeitungen getilgt und

3 http://bildungsstreikpotsdam.blogsport.de/2009/10/

durch „Studentenprotest“ ersetzt worden. Eine Fortsetzung oder gar eine Intensivierung dieser Art der politischen Aktion wird die Bildungsbewegung ihrer Anschlussfähigkeit, also ihrer Breite und damit ihrer Legitimitation und Wirkung berauben.

Wir brauchen mehr Humankapital!

Um den Bildungsstreik 2010 wieder auf die Basis zu stellen, die ihn im Sommer vergangenen Jahres auszeichnete, sollten wir nicht nur verbal, sondern auch in unserem Agieren auf die Einbeziehung aller Lernendengruppen bestehen. Für Schüler_innen und Auszubildende partizipativ zu wirken, bedeutet ihre Lebensrealität bei der Planung von politischen Aktionen in den Blick zu nehmen. Das heißt: Keine Aktionen vormittags unter der Woche, es sei denn auf dem Schulhof. Das heißt: Vernetzung und gemeinsame Planung mit Schüler_innen und Auszubildenden. Das heißt auch, der Gefahrlosigkeit Vorzug zu geben vor einem eventuellen eigenen Adrenalinbedarf oder dem (berechtigten) Anspruch auf Aktionen außerhalb des bürgerlichen Rechtsrahmens. Das heißt – und das ist das wichtigste –, die Forderungen von Auszubildenden, Studierenden und Schüler_innen gleichberechtigt nebeneinander zu stellen und für sie zu streiten, was sich auch in der Auswahl der Symbolik politischer Aktionen niederschlagen sollte. In der Konsequenz könnte dieser Anspruch dazu führen, dass wir „Bildungsleichen“ und „Humankapitalauktionen“ dem „Exmatrikulator“[4] und der „Leistungspunktejagd“[5] vorziehen. (Anmerkung: Wenngleich die in diesem Text angesprochenen Aktionsformen zum Nachmachen animieren, möchte ich euch auch zu gedanklichem Wagemut aufrufen. Keine Angst vor eurer Kreativität!)
Dezentrale Aktionen lediglich durch eine terminliche sowie inhaltlich unscharf gehaltene Klammer auf Bundesebene zu vernetzen, hat den Bildungsstreik als wirksames Konzept mitgetragen. Deswegen erscheint es sinnvoll, Prinzipien wie Dezentralität und Autonomie fortzusetzen und auszubauen. Schwerpunkte des Bildungsstreiks und der politischen Aktionen bildeten bisher Städte mit Hochschulen. Doch das sind weit weniger als Schul- und Ausbildungsstandorte. Noch fehlen Konzepte, wie diese Orte in die Vernetzúng des Bildungsstreiks eingeflochten werden könnten. Doch diese Leerstelle werden wir gemeinsam durch neue Ideen und Impulse füllen. Auf dass die „Armeen der Gleichgeschalteten“[6] und das „wandelnde Humankapital“[7] überall die Bildung(-spolitik) aufmischen.

4 http://www.bildungsstreik.net/wiki/index.php/Exmatrikulator
5 http://www.youtube.com/watch?v=w53itoayd1M; http://www.myvideo.de/watch/6556951/Leistungspunkte_jagen_oder_sitzen_bleiben_Bildungsstreik_09_mobi (nur zwei von vielen Leistungspunktejagden)
6 http://unsereuni.at/?p=5416
7 http://www.youtube.com/watch?v=GwChXWAtrPY

Linktipps

Texte, Tipps und Links zu direkten politischen Aktionen
www.direct-action.de.vu

Hier empfängt dich ein Sammelsurium an Grundlagentexten, Materialien, Tipps, Terminen und Berichten zum Thema der direkten politischen Aktion. Die Seite besticht nicht durch ihr Layout – denn das ist ziemlich unübersichtlich, starr und trist, kurz: hässlich -, sondern durch ihren bereichernden Inhalt. Darum ist diese Internetseite auf jeden Fall ein digitales Lesezeichen wert.

Proben für den großen Krach.
Handbuch zur studentischen Protestorganisation (2005, 86 Seiten)
Download: www.protesthandbuch.de.vu

Der Titel dieses Reader wird dem Inhalt nicht gerecht. Folgende drei Kapitel bilden die Grobgliederung des Werks: 1. Studentische Streiks 2. Partizipative Organisation 3. Aktions- und Protestideen. Dabei ist der Fokus auf Studierendenproteste nur im ersten Teil gegeben. Die übrigen 65 Seiten könnt ihr frei auf jede Form politischer Organisierung und Aktion übertragen. Wobei der Titel Recht hat, ist die Funktion des „Handbuchs“. Ihr müsst es nicht komplett lesen, um einzelne Kapitel zu verstehen, sondern könnt es benutzen wie ein Nachschlagewerk.

Repression und Recht auf Protest. Ein Rechtsratgeber für die politische Praxis vom Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit (2007, 181 Seiten):
Download: www.pm-buendnis.de/de/materialien/broschueren/repression-und-recht-auf-protest/

Den inhaltlichen Einstieg bei diesem Reader bilden die Proteste gegen Studiengebühren seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2005. Danach folgen sehr ausführlich Analysen und Hinweise zu staatlichen Repressionen sowie Optionen bzw. Tipps damit umzugehen. Das Kapitel zu politischen Aktionsformen an sich fällt kürzer aus, ist mit der formulierten Kritik an Demonstrationen aber nicht minder spannend. Sehr verständlich geschrieben. Praktisch zum Nachlesen – aber bitte vor der Aktion!

Nach dem Bildungsstreik ist vor dem Bildungsstreik

Eine Einschätzung von Katharina Dahme, Linksjugend [‘solid] Brandenburg

1. Einleitung

Der Jahreswechsel begann für einige Studierende im Audimax. Ein bewegtes 2009 ist zu Ende gegangen und mit ihm ein erfolgreiches Jahr im Hinblick auf den Bildungsstreik. Zeit für die Analyse: Was lief gut, was schlecht? Was waren Stärken des Bildungsstreiks und was muss man zukünftig anders oder besser machen? Was erwartet uns 2010 und wie können wir die verschiedenen sozialen Auseinandersetzungen kanalisieren? Was kommt nach den Besetzungen und wie können die Forderungen der SchülerInnen mehr in den Vordergrund gerückt werden? Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um eine subjektive Einschätzung, die ich in Jugend- und Studierendenverband sowie ihren Umfeldern zur Diskussion stellen will. Gleichzeitig ist es auch eine Reaktion auf den Kommentar „Was wollt ihr?“ von Benedict Ugarte Chacón und die „Streikagenda 2010“ von Mitgliedern des Bundesvorstandes und Bundesgeschäftsführung des Linke.SDS.[1]

2. Stärken und Schwächen des Bildungsstreiks 2009

Grundlage für einen insgesamt erfolgreichen Bildungsstreik war die bundesweite Vernetzung und Planung, die frühzeitig begonnen wurde. Dadurch können schwache Strukturen durch andere sowohl organisatorisch wie finanziell unterstützt werden. Nur durch die bundesweite Koordiniation der Planungen konnte der Bildungsstreik derart erfolgreich werden, denkt man an die gleichzeitig stattfindenden Demonstrationen und Aktionstage, wie bspw. dem Banküberfall. Dem Bildungsstreik ist es gelungen, ein bildungspolitisches Thema auf die Agenda zu setzen. Der Bologna-Prozess wird seit dem vergangenen Juni kontrovers diskutiert, Bachelor und Master in der öffentlichen Kritik nicht verschont. Niemand in den Medien oder in der Politik kann sich leisten, den BA/MA in seiner derzeitigen Form zu verteidigen. Auf die Ankündigungen, an dieser Stelle Veränderungen vornehmen zu wollen, können wir uns mitnichten verlassen. Aber wir können stolz sein, dass es uns gelungen ist, derart großen Druck aufzubauen, dass die Politik zu solchen Äußerungen gedrängt wurde. Dabei war gerade die Kritik an Bachelor und Master grundlegend für die Breite der Bildungsproteste, da sich so viele Studierende bei ihren Alltagsproblemen im Studium angesprochen fühlten.

1 Zu finden auf den Seiten www.linksjugend-solid.de & www.linke-sds.de – viel Erfolg.

Die Breite ist eine nicht zu unterschätzende Stärke des Bildungsstreiks. Geht sie verloren, verliert die ganze Bewegung an Ausstrahlung und Durchschlagskraft und wir hätten es einmal mehr mit einem elitären Protest einiger weniger Studierender zu tun. Der Wunsch nach mehr grundsätzlicher Kritik, Systemkritik gar, ist verständlich. Die Breite des Protests darf durch solche Versuche jedoch nicht riskiert werden. An der Breite hängen nicht zuletzt auch die Sympathien seitens der Mehrheit der Bevölkerung, die Auswirkung auf die zumeist positive Berichterstattung haben und andersrum.
Beides – die grundsätzliche Kritik und möglichst breit getragene Forderungen – müssen aber auch nicht zwangsläufig im Widerspruch zueinander stehen. Es wird darauf ankommen, beides zu schaffen. Einerseits gegenüber den universitären Gremien Verbesserungen auf Grundlage der Forderungen durchzusetzen und andererseits die grundsätzliche Kritik formulieren zu können, wenn auch nicht in den Vordergrund zu stellen.
Angesichts der großen Beteiligung vor allem von SchülerInnen und Studierenden, ist es leider nicht ausreichend gelungen, den Druck auf der Straße (über 270.000 im Juni, über 85.000 im November) in Erfolge umzuwandeln. Zwar kann man die Politisierung von MitschülerInnen und KommilitonInnen nicht messen und auch wurden an einigen Universitäten Verbesserungen wie z.B. die Abschaffung der Anwesenheitsplicht durchgesetzt, insgesamt aber hätte man mehr erreichen müssen und möglicherweise auch können. Mit Blick auf die kommenden Bildungsstreiks müssen wir daher mehr über die konkrete Umsetzung von Forderungen nachdenken und wer die jeweiligen Adressaten dieser sind. Im Bildungsföderalismus gilt es da genau zu sein und auch in den Bildungseinrichtungen selbst kann man in Verhandlungen mehr erreichen, wenn man auch weiß, was überhaupt möglich ist. Dabei gebe ich den Stimmen recht, die davor warnen, sich in Gremien kaputtzuarbeiten. Hochschulpolitik ist nicht immer Vergnügen, aber unverzichtbar und kann zu einer notwendigen Politisierung von Studierenden sogar beitragen. Damit sich Studierende nicht in den Gremien verlieren ist eine Vernetzung und Organisierung notwendig – eine wichtige Aufgabe für den Studierendenverband. Der Grat ist schmal, aber begehbar. Letztlich gibt es aber keinen Masterplan. Man wird von Uni zu Uni entscheiden müssen, bis zu welchem Grad eine Einmischung in die Gremien sinnvoll und erfolgversprechend ist. Nicht zuletzt muss überlegt werden, wie die SchülerInnen und ihre Probleme mehr Aufmerksamkeit sowohl seitens der Studierenden als auch durch Medien und Politik erhalten können. Das Problem iegt oft in der Praxis: Jede und jeder Studierende kann sich der Wichtigkeit der SchülerInnen noch so bewusst sein, wenn die organisatorischen Prozesse getrennt verlaufen. Dabei macht es durchaus Sinn, dass sich die Statusgruppen in ihrem Umfeld um Mobilisierung und politische Diskussionen kümmern. Bei den landes- und bundesweiten Planungstreffen und Arbeitsgruppen sollten allerdings mehr SchülerInnen eingebunden sein. So wäre gesichert, dass sie organisatorisch ebenso wie thematisch eine große Rolle in den Bildungsprotesten spielen. Bei den letzten Bildungsstreiks ist dabei eine organisatorische

Schwäche der SchülerInnen zum Ausdruck gekommen: Gegenüber den Studierenden sind die SchülerInnen, die die Proteste unterstützt haben, nur selten in den entsprechenden Gremien vertreten. So bestehen bspw. LandesschülerInnenräte häufig aus angepassten SchülerInnen, die ihren guten Draht zum Bildungsministerium nicht aufs Spiel setzen wollen und Streiks als Aktionsform ablehnen. Da diese Räte bei Bildungsstreiks eine wichtige Rolle spielen können, sollte seitens der SchülerInnen überlegt werden, ob sie nicht ihre eigene „Aktion Übernahme“ starten wollen...

3. Von der Besetzung zum Besetzungsstreik?

Im „heißen Herbst“ 2009 wurden Hörsäle und ähnliche Räumlichkeiten an über 70 deutschen Universitäten besetzt, dazu kamen alle größeren Universitäten Österreichs und weitere Besetzungen international. Einige Besetzungen halten bis heute an. Lang besetzte Hörsäle bieten Möglichkeiten, birgen aber auch Gefahren. So müssen die BesetzerInnen aufpassen, dass die Besetzung nicht zum Selbstzweck wird. Ihnen muss das Ziel dieser Besetzung bekannt und gegenüber anderen Studierenden klar formulierbar sein. Die längste und coolste Besetzung kann zum Hindernis werden, wenn andere Studierende sowie zum Teil auch Lehrende sie nicht verstehen oder sogar offen ablehnen. Deswegen ist ein regelmäßiger Beschluss über Weiterführung oder Beendigung der Besetzung unheimlich wichtig. Wird eine Besetzung durch die Unileitung weitestgehend geduldet oder kann keine der aufgestellten Forderungen umgesetzt werden, stellt sich schnell die Frage nach der nächsten Stufe auf der Eskalationsleiter. Zuletzt wurde die Idee eines Besetzungsstreiks in die Debatte eingebracht. Bei einem Besetzungsstreik werden statt des Hörsaals komplette Unigebäude blockiert, so dass der gesamte Lehrbetrieb still gelegt ist. Die Idee des Besetzungsstreiks versucht ein großes Problem der letzten Besetzungswelle aufzulösen. Der Zeitplan der Studierenden, die Bachelor und Master studieren, ist bereits ohne hochschulpolitisches Engagement zum Bersten gefüllt. Oft reicht es nur für aufmunternde Erklärungen der Solidarität, nicht aber für das Mittun in den Streiks über längeren Zeitraum. Am Ende sitzen einem doch die Prüfungen im Nacken und die Gefahr, ein Semester zu verlieren, ist für immer mehr Studis existenziell. Ein Besetzungsstreik, der die Unileitung zwingt, Prüfungen auszusetzen, wäre eine Antwort auf dieses Problem. Sofern es gelingt, diesen Druck zu erzeugen. Dies ist also die Bedingung für einen Besetzungsstreik. Ein weiterer Vorteil: Ein Besetzungsstreik kann nicht ignoriert werden. Für einen besetzten Hörsaal kann ein Ausweichort gefunden werden.[2]

2 Die Unileitung in Potsdam war so geistreich, ein riesiges und natürlich beheiztes Zelt auf dem Unigelände aufstellen zu lassen. Kosten dafür geschätzte 1000 am Tag! Bei den diesjährigen Wintertemperaturen half aber das Heizen nichts, da man bei 5 Grad keine Vorlesungen aushält. Das Geld wurde somit in den Wind geblasen und wäre wohl bei der Umsetzung einer studentischen Forderung besser angelegt gewesen...

Wenn jedoch das gesamte Gebäude blockiert ist, werden sowohl Studierende als auch Lehrende sich viel eher mit den streikenden Studierenden und ihren Forderungen auseinandersetzen. Die BesetzerInnen haben zudem hoffentlich Einiges zu sagen, immerhin gewinnt man bei einem Besetzungsstreik enorm viel Zeit für Diskussionen...

Gleichzeitig ist der Besetzungsstreik ein sehr riskantes Unterfangen. Wenn es nicht gelingt, einen großen Teil der Studierenden für diese Aktionsform zu mobilisieren, wird der Besetzungsstreik scheitern. Oder wenn die Unileitung die Prüfungen nicht aussetzt und somit die Studierenden derart unter Druck stehen, dass sie sich womöglich gegen den Bildungsstreik stellen... Dann kann viel Sympathie mit einem Schlag verspielt sein. Es ist fraglich, ob der Besetzungsstreik gleich in mehreren Städten die Chance auf Erfolg hat. Gerade an den Hochschulen, wo die Beteiligung gut, aber nicht überwältigend war, hängt dieses Risiko an einigen Wenigen. Dementsprechend ist der Besetzungsstreik aus meiner Sicht nicht die geeignetste Aktionsform für die nächste bundesweite Eskalationsstufe und stellt auch keinen Ausweg aus der Problematik der in den Medien vernachlässigten SchülerInnen dar. Es ist aber immerhin ein erster Vorschlag für das „Wie weiter?“, der womöglich eine spannende Option für die eine oder andere Uni darstellt. Die Diskussion ist eröffnet.

4. Das Krisenjahr 2010 – Soziale Kämpfe zusammenführen

Seit den Bundestagswahlen haben wir es mit einer Schwarz-Gelben Koalition auf Bundesebene zu tun. Die nächsten Reformprojekte sind die Steuererleichterungen für die Mittelschicht, die Gesundheitsreform mit Beginn des Jahres 2011 und eine Überarbeitung der Hartz-IV-Regelungen. So wird unter anderem auch eine Verschärfung der Sanktionen gegenüber Hartz-IVEmpfängerInnen gefordert. Doch während die FDP auf eine baldige Umsetzung der Steuersenkungen drängt, will die CDU lieber noch warten, bis die Landtwagswahlen am 09. Mai in Nordrhein-Westfalen vorüber sind. Schließlich steht die Mehrheit im Bundesrat auf dem Spiel und würde die Koalition jetzt Steuern senken, müssten sie schon offenlegen, an welcher Stelle sie sparen wollen...

Die Landtagswahl am 09. Mai in Nordrhein-Westfalen kann und muss daher Auftakt für laute Proteste sein. NRW als das Bundesland mit den meisten Studierenden gehört zu den Ländern, welches Studiengebühren erhebt. Die Bildungsstreikenden haben die Chance, die Parteien im Vorfeld zum Schwitzen zu bringen und ihnen womöglich ein Bekenntnis gegen Studiengebühren abzuringen. Mit einer neuen politischen Konstellation gäbe es die Möglichkeit, nach dem Vorbild Hessens die Studiengebühren in NRW abzuschaffen. Die kürzlich erschienene Studie, wonach sich ein erheblicher Teil der

AbiturientInnen aufgrund von Studiengebühren gegen ein Studium entscheidet,[3] gibt Anregungen, wie man das vermeintliche Studi-Thema auch zu einem Thema der SchülerInnen machen kann.

Der Brückenschlag muss jedoch nicht nur Richtung SchülerInnen erfolgen. Zukünftig muss der Bildungsstreik anschlussfähig werden auch für diejenigen jungen Menschen, die kein Abitur machen, geschweige denn eine Hochschullaufbahn einschlagen. Auszubildende haben unter der Krise verstärkt zu leiden, da die Aussichten auf Übernahme in den Betrieben geringer werden. Zwar haben die Gewerkschaften den Bildungsstreik von Anfang an unterstützt, bisher gab es aber kaum Möglichkeiten für Azubis, sich zu beteiligen. Die Krisenproteste werden diese Unzufriedenheiten zu kanalisieren versuchen. Die Berufsschultouren der Gewerkschaftsjugenden bieten eine Möglichkeit die bisherige Zusammenarbeit noch effektiver zu gestalten. So könnten Aktive aus dem Bildungsstreik daran teilnehmen, um Ziele und Forderungen mit Azubis auszutauschen und zu diskutieren. Ebenso müssen JAVen (Jugend- und Auszubildendenvertretung) kontaktiert werden.

Auf die Frage, wie ein gemeinsamer Kampf aussehen kann, können nur gemeinsam Antworten gefunden werden. Dem immer wieder geäußerten Anspruch, den Bildungsstreik mit anderen sozialen Kämpfen zusammenführen zu wollen, muss man im Jahr 2010 endlich gerecht werden. Die Herausforderung besteht darin, die „bildungsbürgerlich“ geprägten Bildungsproteste mit den Krisenprotesten der Erwerbslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten ArbeitnehmerInnen und Auszubildenden zusammenzuführen. Das ist bisher nicht oder zumindest noch zu wenig gelungen. Wenn das gelingt, dann haben wir ohne ein „höher, schneller, weiter“ eine neue Eskalationsstufe erreicht. Der Bildungsstreik ist schon breit aufgestellt – aber es geht eben immer noch breiter...

Berlin, 18. Januar 2010
Termine und Infos zum Bildungsstreik 2010 auf www.bildungsstreik2009.de (kein Witz)

3 Bericht über diese Studie, die Schavan noch nicht veröffentlichen möchte: http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,585099,00.html

(Aus-)Bildungsstreik – Bündnis um Azubis erweitern!

von Paula Rauch, Schülerin, Bildungsstreikaktivistin und
Mitglied von Linksjugend [‘solid] Berlin – Roter Wedding

Bisher haben sich am Bildungsstreik vor allem SchülerInnen und Studierende beteiligt. Außen vor blieben dabei oft gerade die, die ganz besonders unter der Bildungsmisere zu leiden haben: Auszubildende.

Elitenprotest Bildungsstreik?

Sowohl im Juni als auch im Herbst konnte man auf den Bildungsstreikdemos, Aktionen und Besetzungen meist vergebens nach Auszubildenden oder jungen ArbeiterInnen suchen. Größtenteils waren es Studierende und GymnasiastInnen – also eigentlich die noch am wenigsten vom miserablen Bildungssystem betroffenen – die dort protestierten. Rund 60% der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland machen allerdings gar nicht erst das Abitur und sind deshalb kaum von den Sorgen und Problemen von Studierenden und Abiturienten betroffen. Dabei sind gerade sie es, die von der kritisierten Selektion, mangelnder Förderung und oft auch zuwenig Geld betroffen sind.

Kaum Azubis beim Bildungsstreik

Das liegt einerseits am bisherigen Fokus der Bewegung auf Studierende und SchülerInnen der Oberstufe, auf diese Zielgruppen zugeschnittene Forderungskataloge und Verfahren, andererseits aber auch an der Form der Organisation der Proteste. Im Gegensatz zu Studierenden oder auch SchülerInnen können Auszubildende oder ArbeiterInnen sich nicht einfach so an einem Streik oder einer Demo während der Arbeitszeit beteiligen. Wo es zum Beispiel für SchülerInnen einen meist nur unbeteutenden Eintrag ins Klassenbuch gibt, kann in vielen Betrieben schon die dritte Verwarnung zur Kündigung führen.

Ausbildungsplatzmangel und Jugendarbeitslosigkeit?

Dabei ist die Situation der Auszubildenden und jungen ArbeiterInnen alles Andere als gut. Laut DGB sind mittlerweile 1,1 Millionen 15- bis 24-jährige arbeitslos und die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist 2009 um knapp 10% gesunken. Wer noch einen Ausbildungsplatz bekommen hat, wird oft als billige Arbeitskraft ausgenutzt anstatt für seinen zukünftigen Beruf zu lernen. Überstunden und Arbeit, die eigentlich nicht in eine Ausbildung gehört, stehen auf der Tagesordnung. Für viele ist nach 3 bis 4 Jahren Ausbildung aber sowieso schluss. Dem Bundesinstitut für Berufsbildung zufolge wissen 36% der Unternehmen schon jetzt, dass sie ihre Azubis nicht im Sommer nicht über-

nehmen werden, und wenn doch, nur unter extrem prekären Verhältnissen, mit befristeten Verträgen und sehr niedrigem Lohn.

Gewerkschaftsjugenden gefragt

Ausbildungsplätze sind also Mangelware, die Ausbildungsqualität sinkt, Übernahmegarantien werden immer seltener, die Beschäftigungsverhältnisse immer prekärer, wenn die Jobs im Zuge der Krise nicht gleich ganz gestrichen werden. Angesichts dieser katastrophalen Zustände und Entwickelungen haben die Gewerkschaftsjugenden bisher kaum reagiert. Erst jetzt gibt es zum Beispiel eine Initiative der DGB-Jugend NRW gemeinsam mit der Landesschülervertretung, der Landesastenkonferenz und Anderen einen Aktionstag unter dem Motto „Wähl dir deine Bildungsperspektive“ am 22. April zu veranstalten. Im Rahmen der „Operation Übernahme“, einer Kampagne der IGMetall-Jugend, kämpfen Auszubildende aus verschiedenen Betrieben schon seit über einem Jahr für garantierte Übernahme nach der Ausbildung.
Wegen der drohenden Repression ist es für Azubis nur sehr schwer, ohne die Unterstützung ihrer Gewerkschaft zu protestieren. Deshalb sind solche Initiativen eine große Chance sie zu organisieren, ihnen Proteste zu ermöglichen, aber auch für den Bildungsstreik, endlich Azubis mit ins Boot holen und gemeinsam für bessere Bildung und Ausbildung zu kämpfen.

Klassenkampf statt Konkurrenz und Leistungsdruck!

Denn in Zeiten der kapitalistischen Krise, wird nicht nur das Studium ökonomisiert und die Schulzeit verkürzt, es werden auch massenhaft Ausbildungsplätze gestrichen und gerade junge ArbeitnehmerInnen entlassen. Das wiederum lässt Leistungsdruck und Konkurrenz nicht nur für SchülerInnen und Studierende durch Turbo-Abi und Zulassungsbeschränkungen, sondern für alle jungen Menschen in dieser Gesellschaft steigen. Ob in der Schule, der Ausbildung oder im Studium – wir alle sollen immer schneller und billiger zu verwertbarer Arbeitskraft geformt werden. Unsere Interessen und Bedürfnisse werden immer weiter ignoriert und der wirtschaftlichen Verwertbarkeit untergeordnet. Deshalb darf es schlussendlich auch nicht nur darum gehen, die Rücknahme des Turbo-Abiturs oder des Bachelor/Master-Systems zu erkämpfen, sonder immer auch um die Rolle der Bildung in unserer Gesellschaft: Wollen wir für die Wirtschaft lernen oder für’s Leben? Letzteres werden wir nur gemeinsam erreichen können. Aber auch schon eine kleine Verbesserung der Ausbildungs- und Bidlungssverhältnisse bedarf in Krisenzeiten viel Druck von der Straße. Und diesen werden wir nur aufbauen können, wenn wir gemeinsam kämpfen.

Bildungsstreikbündnis verbreitern!

Eine Erweiterung des Bildungsstreikbündnisses um Gewerkschaftjugenden und damit Azubis und junge ArbeiterInnen ist schon angesichts der drohenden Angriffe der Schwarz-gelben Regierung auf die Bevölkerung und Massenentlassungen nach der Landtagswahl in NRW absolut notwendig. Hier gilt es gemeinsam die drohenden Streichungen von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, weitere Kürzungen oder „Reformen“ im Bildungsbereich und andere Abwältzungen der Krisenkosten auf unsere Schultern, wie zum Beispiel die Kopfpauschale im Gesundheitssystem, zurückzuschlagen. Aber auch längerfristig ist ein gemeinsamer Kampf unverzichtbar. Das Durchsetzten jeder noch so kleine Forderung nach besseren Bildungs- oder Ausbildungsbedingungen bedarf einiges an Nachdruck unsererseits, den wir erstmal aufbauen müssen. Die bisherigen Bildungsstreiks waren ein guter Ansatz, haben es aber noch nicht geschafft, wirkliche Verbesserungen zu erkämpfen. Um Forderungen durchzusetzten müssen die Proteste gesteigert werden. Das kann einerseits durch eine radikalisierung der Proteste, zum Beispiel mit Besetzungsstreiks, andererseits aber auch durch eine Verbreiterung des Bündnisses geschehen. Zudem haben Auszubildende und junge ArbeiterInnen im Gegensatz zu SchülerInnen und Studierenden, die mit Besetzungen oder Demonstrationen zwar politischen Druck aufbauen und öffentliche Debatten erkämpfen können, die Möglichkeit mit einem Streik auch ökonomischen Druck ausüben.
Gegen die drohende Abwältzung der kapitalistischen Krise auf unsere Schultern ist das einzige Mittel eine breite Verteidigung: Wenn wir bessere Bildung, Ausbildung, Übernahme und Arbeit statt weiteren Kürzungen wollen, müssen wir uns das erkämpfen. Ein Schritt in diese Richtung ist hoffentlich der (Aus-)Bildungsstreik im Sommer, wenn SchülerInnen, Studierende, Azubis und junge ArbeiterInnen gemeinsam auf die Straße gehen!

...erkämpft das Menschenrecht

Konstantin Bender

Einige Ideen und Argumente in diesem Artikel stammen aus dem Studienheft Nr. 6 des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Hier insbesondere aus dem Artikel von Frank Deppe ⇢ Das Konzept sozialer Grundrechte ⇠

Es gibt eine ganze Reihe von möglichen Beschreibungen wie, warum und was im derzeitigen Bildungssystem geschieht. Eine Möglichkeit besteht darin, die derzeitige Ausgestaltung des Bildungssystems und die in diesem System vermittelten Inhalte als das Ergebnis aus der Aufkündigung eines nach lang anhaltenden Konflikten entstandenen Kompromisses zu sehen.

Während der konflikthaften Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung von Bildung standen sich zwei unterschiedlich komplexe Auffassungen gegenüber. Auf der einen Seite, die von der sozialistischen, kommunistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung vertretene Grundüberzeugung, dass es ein elementares Menschenrecht einer JedeN Einzelnen sei, über den freien Zugang zu allgemeiner und umfassender Bildung in die Lage versetzt zu werden, die eigene Situation und die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zu erkennen und damit erst die gebotenen Möglichkeiten zur Beteiligung an und damit die Veränderung der Gesellschaft zu kennen bzw. zu nutzen.

Das Menschenrecht auf Bildung ist somit die Vorraussetzung, um sich selbst überhaupt erst in die Möglichkeit zu versetzen, andere, einer jedeN zustehenden Rechte zu nutzen. Der Kampf um die Ausweitung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Rechte wird somit durch Bildung überhaupt erst möglich. Ist hingegen der freie Zugang zu allgemeiner Bildung verbaut, können zustehende Rechte wegen schlichter Unkenntnis nicht genutzt werden. Wie das zu verstehen ist wird klar, wenn wir uns folgendes zugespitzte, holzschnittartige Beispiel ansehen. Ein Kind wird in unsere hoch verschriftlichte Gesellschaft hinein geboren und hat wegen der Armut der Eltern keinen Zugang zu einem gebührenpflichtigen Kindergarten. Zudem haben die Eltern selbst keine hohe Bildung und ihnen fehlt daher einmal die Kenntnis von Möglichkeiten, die Gebühren erlassen zu bekommen, und zum anderen waren sie ebenfalls nicht im Kindergarten und denken ihr Kind muss es auch nicht. Somit erlernt dieses Kind im Vergleich zu einem Kind, dessen Eltern sich die Gebühren leisten können oder die Bildung als wichtig erachten, weniger an in der Schule als nützlich betrachteten sozialen Verhaltensregeln. In der Schule dann wird es, weil es die Verhaltensregeln nicht kennt und sie neben dem Schulstoff erst mühsam lernen muss im schlimmsten Fall als verhaltensauf-

fällig abgestempelt und bald darauf auf eine Förderschule aussortiert. In der Konsequenz erwirbt es nur minimale Kompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen. Eines Tages dann erhält es einen Wahlaufruf, dessen Sinn und hierin aufgeführte alternative Möglichkeiten zur Stimmabgabe es nicht versteht. Somit werden dem jungen Menschen zwar Rechte, wie etwa das Wahlrecht, zugestanden. Aber es kann sie schlicht nicht nutzen, weil es die Informationen und Möglichkeiten nicht erkennen kann. Dieses Beispiel weiter gedacht verdeutlicht, dass die Gefahr besteht, dass die Nutzung von verbrieften Rechten zum Elitenprojekt wird, weil mangelnde Bildung der Eltern über reduzierte Kommunikationsfähigkeit in einer hochkommunikativen Gesellschaft und hieraus resultierenden mangelnden materiellen Ressourcen die Masse von der Nutzung von Möglichkeiten nicht per Gesetz, aber de Facto ausschließen.

Um dem zu begegnen wurden bereits seit den 1830er Jahren auf dem Gebiet des Deutschen Bundes Arbeiterbildungsvereine gegründet. Teilweise wurden sie unter Mitwirkung des liberalen Bürgertums und teilweise von Arbeitern und Handwerkern selbst gegründet. In ihnen lag der Hauptschwerpunkt in der Vermittlung von Wissen und Bildung allgemeiner und fachlicher Art. Hinzu kamen von Beginn aber auch die Diskussion von politischen Tagesereignissen, sowie Formen der Geselligkeit. Politische Aktivitäten im engeren Sinne entfalteten dann die Bildungsvereine der wandernden (deutschen) Gesellen im Ausland. Ziel war über den Zugang zu anspruchsvoller Bildung einmal die Möglichkeit der Nutzung von Rechten zu ermöglichen und zum andern die Überwindung, mindestens jedoch die Relativierung von Klassenschranken zu ermöglichen.

Dem steht die eingeschränktere Betrachtungsweise von Bildung als Mittel zur Erhöhung der Produktivkraft gegenüber. Mittels Bildung sollen nach dieser Auffassung für den ökonomischen Bereich in jeweils ausreichendem Maß qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden, die an den momentanen Entwicklungsstand der Ökonomie angepasst die anfallenden Aufgaben erledigen können. Der Umfang der Bildung und damit auch die benötigte Zeit, orientiert sich an den zu erledigenden Aufgaben und versucht so die entstehenden Kosten (denn in der Zeit in der Mensch die Schule besucht kann Sie oder Er keinen Mehrwert erwirtschaften) gering zu halten. Auf der anderen Seite wird Bildung ebenfalls als notwendig erachtet, um im internationalen Wettbewerb durch Ideen zur Effizienzsteigerung und damit einer Erhöhung der Gewinnspanne zu gelangen. Umgekehrt formuliert würde somit ein Mangel an Fachkräften zur Gewinnminderung führen, weil evtl. neu entwickelte Produktionsmethoden sich nicht durch den Qualifikationsstand der Beschäftigten bedienen lassen.
Der Kompromiß, zustande gekommen nach erheblichen sozialen Kämpfen, bestand nun darin, dass mittels Bildung beide Ziele verwirklicht werden sollten. Mit dem Wegfall der Systemalternative 1989 konnte sich dann allerdings die allseits beliebte und bekannte Geisteshaltung, namens Neoliberalismus durchsetzen, die kein Interesse an der Aufrechterhaltung des Kompromisses

hatte und ihn brach. Seit den späten 70er Jahren forderte diese Geisteshaltung den Rückzug des Staates aus Gesellschaft und vor allem der Wirtschaft. Als Kernforderungen werden hier Privatisierung, Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes artikuliert. Diese Forderungen werden begleitet durch das Instrument der Steuersenkungen. So kommt es zu einem Mangel an Geld für öffentlich finanzierten Einrichtungen wie z.B. KiTas, (Hoch-)Schulen, öffentlichen Bibliotheken, Theatern und Krankenhäusern. Die Finanzlücke soll durch Gebühren geschlossen werden. Als Ergebnis steigt einmal die soziale Selektivität denn nur noch Reiche können sich den Luxus des unverwertbaren Wissens und Gebühren leisten und zum andern sinkt die Qualität der öffentlichen (Bildungs-)Einrichtungen. Gleichzeit kommen zunehmend private (Bildungs-)Einrichtungen wie Privat(Hoch-)schulen auf. Am Beispiel der privaten Hochschulen lässt sich dann zeigen, dass es zu einer Verengung der Inhalte auf wirtschaftlich Verwertbares kommt. So gibt es eine ganze Reihe von privaten Spartenhochschulen wie Business oder Law-Schools nicht jedoch private Hochschulen an denen Literatur oder Philosophie gelehrt wird.

Wie nun damit umgehen ?

Zunächst einmal sollte in den gesellschaftlichen Diskursen und Kämpfen dem einst von Sozialisten, Kommunisten und linken gewerkschaftlichen Kreisen vorgebrachten Argument, dass Bildung das universelle Menschenrecht sei wieder stärker in den Vordergrund gerückt werden.
Hier sehen die Realitäten nicht ganz so schlecht aus. So hat beispielsweise die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Bildungsgewerkschaft beim DGB, dieses Verständnis in ihrem Wissenschaftspolitisches Programm verankert, andere Organisationen haben es ihr gleichgetan und weitere könnten oder sollten folgen. Zudem wäre es angebracht, einmal zu überlegen, ob den Speerspitzen der Neo-Liberalen nicht ebenfalls neoliberale argumentative Schutzschilde dergestalt entgegen zu halten sind, die mangelnde staatliche Finanzierung von öffentlichen (Bildungs-)Einrichtungen ein Unterlassen von Zukunftsinvestitionen darstellt, welches sich in einem Abwirtschaften dieser Einrichtungen äußern wird und somit selbst das von der Ökonomie benötigte frei verfügbare qualifizierte Arbeitskräftereservoir trocken gelegt wird. Zudem sollte es gelingen, innerhalb der gesellschaftlichen Linken das aufzugreifen, womit damals die Arbeiterbildungsvereine begonnen haben und auch Erfolge feiern konnte. Mit klassischer politischer Bildungsarbeit, die die gesellschaftlichen Zusammenhänge untersucht, aufzeigt und hierüber die Menschen befähigt, über die eigene Situation zu reflektieren, um dann Widerstand zu organisieren. Hierfür müssen die Menschen jedoch auch Luft und Freiräume haben. Daher ist es nötig sich eben auch in sog. realpolitischen Kämpfe wie z.B um eine Erhöhung von HartzIV-Regelsätzen, BAföG-Sätzen zu begeben. Lasst uns gemeinsam den Kampf auf allen Ebenen mit allen Mitteln führen und somit das Menschenrecht auf Bildung zurück erkämpfen.

Schwarz-gelbe Bildungskiller in den Startlöchern

Haimo Stiemer

Tiger oder Ente? Spätestens seitdem der Vize-Kanzler Westerwelle sich als Dekadenztheoretiker profiliert hat, wird deutlich, gegen wen in der Bundesregierung jetzt aufgerüstet werden soll. Doch nicht nur Erwerbslose stehen im Visier. Der Kriseneinschlag wird neben dem Sozialhaushalt auch auf die Bildung abgewälzt werden. Die Bildungskrise geht Merkel und Westerwelle anscheinend noch nicht weit genug. Das Warm-Up des Bildungsstreiks muss jetzt zu einer neuen Verteidigungslinie der öffentlichen Bildung werden.

Schwarz-Gelb ist derzeit noch beides: Tiger und Ente. Ente, weil die neue Regierung ein schwacher Wahlsieger ist. Ihr Sieg ist weder das Ergebnis eines Rechtsrucks in der Bevölkerung noch einer neuen marktradikalen Hegemonie in der Gesellschaft. Denn im Vergleich mit ihren Ergebnissen bei der Bundestagswahl 2005, hat das so genannte bürgerliche Lager sogar insgesamt über 300.000 Stimmen verloren und es kam lediglich zu Verschiebungen innerhalb dieses Lagers - und zwar hin zur FDP. Die neue Regierung verdankt ihre parlamentarische Mehrheit deshalb vor allem dem beispiellosen Absturz der SPD. Die hat die berühmte Talsohle noch mal untertunnelt - mit ihren 23 Prozent bei den Bundestagswahlen hat sie ihre Zweitstimmen in den letzten 10 Jahren damit mehr als halbiert.

Vielleicht erklärt gerade diese schwache Ausgangsposition der Regierung ihre anfängliche Zögerlichkeit, in zentralen gesellschaftlichen Fragen weiß sie schließlich Mehrheiten in der Bevölkerung gegen sich. Beispiele wären die Rente mit 67, die Frage der Kapitalverkehrs- oder Arbeitsmarktregulierung oder die stärkere Marktsteuerung im Gesundheitswesen.

Bildungsspaltung wird zunehmen

Klar ist aber auch, dass in Folge der Wirtschaftskrise die Linien für die nächsten Angriffe auf die soziale Infrastruktur und damit auch auf die öffentliche Bildung in der Republik bereits gezogen sind. Ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt, wohin die neue Regierung bildungspolitisch steuert. Mit den schwarz-gelben Zielvorgaben werden sich die Probleme der Unterfinanzierung in der Bildung verschärfen. Die Bildungsarmut wird noch mehr ansteigen, die Bildungsspaltung in der Gesellschaft wird zunehmen. Neben dem Gesundheitsbereich droht der Bildungsbereich damit zu einem weiteren Bereich verstärkter Marktsteuerung zu werden. Es liegt jetzt an der Bildungsstreikbewegung, diesen Vorhaben offensiv zu begegnen.

Nebelkerzen bei der Bildungsfinanzierung

Die von der Kanzlerin ausgerufene ···›Bildungsrepublik‹··· erweist sich auch im neuen Regierungsprogramm als Nebelkerze. Zwar wird großspurig das Ziel ausgegeben, die Bildungsausgaben bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent des Bruttosozialproduktes anzuheben. Die Krux dabei ist aber: Der Großteil dieser Mehrausgaben soll privat – von den BürgerInnen und der Wirtschaft – und von den Bundesländern aufgebracht werden. Durch die Wirtschaftskrise und die versprochenen Steuersenkungen stehen bei den Ländern jedoch eher neue Streichungsprogramme an. Und der Bund will nur 3 Milliarden zuschießen. Diese wiederum werden vor allem in die profitnahen Forschungsprogramme und die Elitenförderung gehen. Bei den öffentlichen Schulen, bei der Lehre an den Unis oder bei den Kitas wird davon wohl kaum etwas ankommen. Mal zum Vergleich: ExpertInnen haben den eigentlichen Mehrbedarf erst kürzlich berechnet. Für ein flächendeckendes Netz von Kitas und Ganztagsschulen, für die Verbesserung der Personalausstattung und der Sachmittel in Schule und Lehre, für die Erhöhung der Anzahl der Studienplätze, für den dringend notwendigen Ausbau des BAföG und für die Verbesserung des Angebotes an Ausbildungsplätzen wären insgesamt ca. 43 Milliarden Euro nötig. Geld, das ein reiches Land wie Deutschland durchaus aufbringen könnte. Notwendig hierfür aber wäre ein Bruch mit der bisherigen Steuerpolitik, die in den letzten Jahren die Belastung für die Spitzeneinkommen und Konzerne immer weiter heruntergefahren hat. Inzwischen gibt es in Deutschland satte 5 Billionen Euro an Geldvermögen und ein Prozent der Bevölkerung besitzt die Hälfte davon. Da gäbe es eine Menge zu holen, für soziale Sicherheit und für eine gute Bildung für alle.

Schwarz-gelb dreht die Gebührenschraube hoch

Die neue Regierung aber plant jetzt das so genannte Bildungssparen und ein bundesweites Stipendiensystem. Beides soll im Effekt die Studiengebühren, die in den Ländern eingeführt wurden, zementieren und die Durchsetzung kommerzieller Bildungsmärkte befördern. Und beides wird vor allem einkommensstarken Familien zugute kommen.
Das so genannte Bildungssparen soll nach FDP-Plänen ein Startguthaben von 150 Euro für jedes Kind vorsehen. Ähnlich wie bei der Riester-Rente unterstützt der Staat dann Einzahlungen der Eltern auf dieses Konto mit weiteren Prämien. Ganz christlich nach dem Matthäus-Effekt: Wer hat, dem wird gegeben. Ähnlich verhält es sich dann auch mit den neuen Stipendien. Spätestens im Jahr 2015 soll jede/r zehnte Studierende ein Stipendiat sein. Die Kosten werden auf rund eine halbe Milliarde Euro geschätzt; die Hälfte soll von der Wirtschaft kommen, die dann natürlich auch über die Auswahl der StipendiatInnen mitentscheiden soll. Einig ist sich Schwarz-Gelb, dass die Stipendien leistungsbezogen

vergeben werden sollen. Gute Leistungen können aber vor allem jene Studierende erbringen, die neben den vollgepackten Bachelor-Stundenplänen für ihren Lebensunterhalt nicht noch arbeiten müssen. Nicht nur, dass die neuen Stipendien also das BAföG-System unterlaufen, sie werden überdurchschnittlich denjenigen mit einem einkommensstarken Background zugute kommen. Diejenigen, die aufgrund finanzieller Hürden erst gar nicht anfangen können zu studieren, gehen leer aus. Übrigens umfassen die geplanten Stipendien im Schnitt 300 Euro. In den entsprechenden Ländern fängt das noch nicht einmal die Studiengebühren ab. Der Bund subventioniert faktisch aber dann in eben diese Gebühren rein.

Schwarz-Gelb will folglich Stellschrauben einbauen, die das Bildungssystem marktförmig reformieren sollen. Von frei zugänglichen Bildungseinrichtungen und einer guten Ausstattung von Schule und Lehre steht nichts im Koalitionsvertrag. Stattdessen fahren die Koalitionäre eine elitäre Klientelpolitik: Mehr Gebühren, mehr Auslese und weniger Chancengleichheit.

Ein, zwei, viele Bildungsstreiks

Der Bildungsstreik im Juni 2009 war ein großer Erfolg und darf nicht unterschätzt werden. Das war die größte außerparlamentarische Bewegung nach den Hartz-IV-Protesten. Genau hier müssen wir jetzt ansetzen. Die Regierung muss mit massiven Protesten rechnen, wenn sie das öffentliche Bildungssystem weiter schwächen und kommerzialisieren will. Im Kern geht es dabei nicht allein um eine bessere Ausfinanzierung der öffentlichen Bildung. Im Kern geht es auch darum, eine auf die Förderung der individuellen Urteilsfähigkeit hin orientiere Bildung durchzusetzen. Das war die Klammer der gemeinsamen Forderungen im letzten Sommer und die Stärke der Bewegung. Das heißt weg mit dem Workload beim Bachelor und dem Turbo-Abi, weg mit dem Leistungs- und Verwertungsdruck. Und es heißt, das Bildungssystem strukturell so umzubauen, dass jede und jeder sich selbstbestimmt entfalten kann und dementsprechend gefördert wird. Ein Ziel, mit dem wir schnell an die Grenzen des derzeitigen Gesellschaftssystems stoßen, ein Ziel aber, für das es sich zu kämpfen lohnt.

Studienhonorar könnte eine Alternative sein!

Konstantin Bender

Während der letzten Bildungsstreikwelle kam in unterschiedlichen Zusammenhängen wiederholt die Forderung nach einem Studienhonorar zur Sprache. Neben Linksjugend['solid] und linke.sds hat sich inzwischen auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) diese Forderung zu eigen gemacht. Allerdings sind im Punkto Studienhonorar noch viele Fragen nicht beantwortet. Dies wäre aber wichtig.

Hintergrund

Von Seiten der gesellschaftlichen Linken, die sich dann auch als Aktive im Bildungsstreik beteiligt hatten, wurde die nicht mehr ganz neue Forderung nach einem elternunabhängigen Studienhonorar aufgegriffen. Somit gelangte diese Forderung denn auch in den Forderungskanon der Streikenden. Allerdings sind gerade im Punkto Studienhonorar noch viele Fragen nicht beantwortet. Dies wäre aber wichtig.

Ursprünglich stammte die Idee eines Ausbildungsgehaltes für Studierende von der französischen Studierendengewerkschaft UNEF. Die KollegInnen gingen davon aus, dass Studierende (Geistes)-ArbeiterInnen seien, die selbstverständlich Anspruch auf Arbeit, Urlaub und Gehalt hätten, weil sie eine gesamtgesellschaftliche Arbeit leisten. Diese Forderung wurde dann vom Ur-SDS (Sozialistischer deutscher Studenten) 1961 in der legendären Hochschuldenkschrift als Forderung mit dem Ziel der Freisetzung der Studierenden aus allen sachfremden Abhängigkeitsverhältnissen aufgenommen. Dieses Konzept fand innerhalb der sozialdemokratischen Parteien Westeuropas recht breiten Anklang. Mit Einführung des aus dem UN-Sozialpakt ableitbaren BAföG (Berufsausbildungsförderungsgesetz) 1971 verstummte die Debatte rund um das Studienhonorar. Gleichzeitig begann mit der Einführung des BAföG auch kurz nach dessen Einführung sein schleichender Niedergang. So war es bei Einführung als nicht rückzahlungspflichtiger Vollzuschuss konzipiert. Die erste schwarz-gelbe Bundesregierung wandelte es dann 1982 in ein 100%ig zurückzuzahlendes Darlehen um. Dies wurde dann jedoch 1989 im Zuge der Wiedervereinigung in 50% Zuschuss und 50% Darlehen umgewandelt. Hier wird die These vertreten, dass den Studierenden aus der DDR nicht gleich die harte kapitalistische Realität eröffnet werden sollte, schließlich gab es in der DDR eine staatliche Studienfinanzierung, die nicht zurück gezahlt werden musste. Neben dieser Umgestaltung führten nur unregelmäßig vorgenommene Anpassungen der Freibeträge und Bedarfssätze dazu, dass 2001 nur noch 13% der Studierenden gefördert wurden. Diese Entwicklung nahmen zahlreiche Organisationen zum Anlass, seit den 1990er Jahren eine Strukturreform der

Ausbildungsförderung zu fordern. Grundlage war der Gedanke, dass doch alle staatlichen Leistungen wie Kindergeld etc. gebündelt werden und dann direkt an die Studierenden gezahlt werden könnten und hiermit zumindest eine Sockelfinanzierung ermöglicht wäre. Wenn das Studienhonorar den durchschnittlichen Bedarf aller rund 2 Millionen Studierenden in der Bundesrepublik decken soll, wären nach Aussage vieler hochschulpolitisch Aktiver ein Betrag von rund 900€ monatlich erforderlich.

Bei aller Attraktivität dieses Vorschlages stellt sich doch die Frage, wie das ganze finanziert werden soll. Legt man eine Anzahl von 2 Mio. Studierenden zu Grunde, die monatlich 900€ bekommen sollen, so würde dies in einem Jahr einen Finanzbedarf von 21,8 Mrd.€ bedeuten. Dem gegenüber würden Ausgaben von rund 5 Mrd.€ für studienbedingte Mehrausgaben (Stand 1996) für alle Studierenden bereits rund 200€ im Monat bedeuten. Wenn dann noch die auf das BAföG entfallenden Ausgaben von rund 2,3 Mrd.€, kämen dann noch einmal rund 100€ hinzu. Somit wären rund 300€ monatlich gegenfinanziert. Dies ergibt dann einen Fehlbetrag von rund 14,5 Mrd.€ jährlich um die Finanzlücke von 600€ monatlich zu füllen. Und dies nur um ein Studienhonorar für StudentInnen zu ermöglichen. In dieser Rechnung ist der Bedarf für SchülerInnen noch gar nicht eingerechnet.

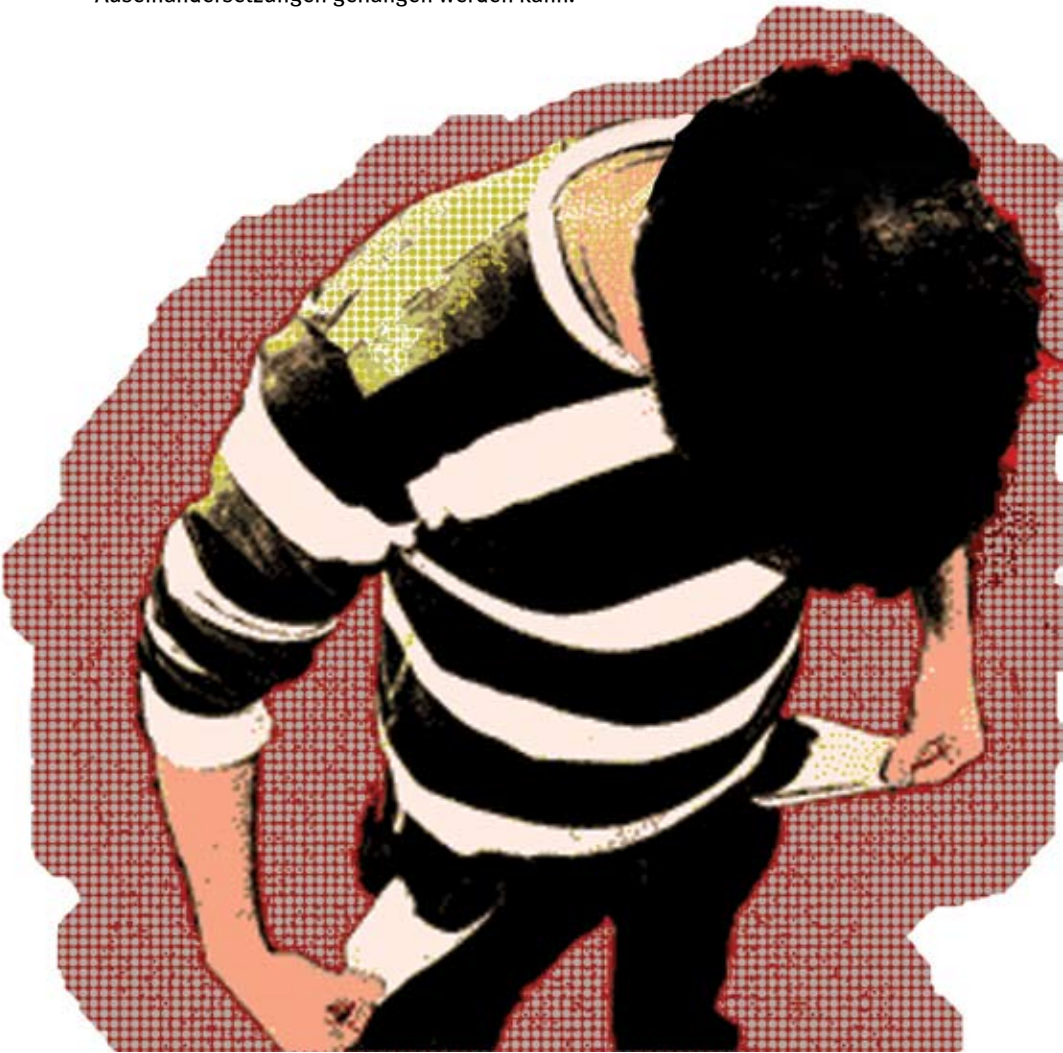
Unklare Bedingungen

Neben der Frage der Finanzierung, die letztlich immer dem politischen Willen unterworfen sein muss, ist noch die Frage nach den Bedingungen der Förderung zu stellen. Sollen die Studierenden verpflichtet werden für die Förderung eine bestimmte festzulegende Anzahl an Scheinen pro Semester erbringen oder soll gar soziales Engagement abverlangt werden? Wenn Forderungen an Studierende erhoben werden, wäre es kein bedingungsloses Studienhonorar mehr, wenn jedoch keine Bedingungen artikuliert werden, wäre es ein Grundeinkommen für eine einzelne (privilegierte) Gruppe der Gesellschaft, was politisch nur schwer zu rechtfertigen ist.

Eine Möglichkeit der Refinanzierung wäre, die Erbschaftssteuer deutlich zu erhöhen. Dies würde in Anbetracht der in den nächsten Jahren anstehenden Erbschaftswelle eine argumentativ gut zu rechtfertigende Möglichkeit darstellen. Schließlich ist es sinnvoll, die Zukunft mit dem zu finanzieren, was in der Vergangenheit erwirtschaftet wurde und die Wahrscheinlichkeit, dass jemand der eine hohe Erbschaft erwartet, auch ein Studium absolviert hat, ist in Anbetracht des sozial selektiven Bildungssystems ebenfalls recht hoch. Alternativ hierzu wäre eine Art Akademikersteuer denkbar, wenn diese auch sicher rechtlich in wegen des speziellen Zuschnitts auf eine Zielgruppe schwer haltbar ist.

Wie weiter?

Es ist an dieser Stelle wichtig Energie in die Ausarbeitung solcher im Grundsatz richtigen Forderungen zu stecken. Dies bietet sich dann auch deshalb an, weil wenn ein durchgerechnetes Konzept vorliegt kann dies auch immer aus der Tasche gezogen werden wenn nach Alternativen zur jetzigen Praxis gefragt wird. Dies ermöglicht dann erst die gesellschaftliche Abstimmung über Alternativen zur herrschenden Politik. Dies wäre schon deshalb wichtig, um ein konkretes Konzept zu haben, welches offensiv als Alternative zum bestehenden System der Studienfinanzierung in die Debatten und Auseinandersetzungen gehangen werden kann.



Bildungsfinanzierung – niemanden zurück lassen

Ingo Schäfer

Nicht erst im Rahmen der Proteste 2009 – vor allem – von Studierenden ist die Debatte über die finanzielle Förderung von Studierenden wieder deutlich lebhafter geworden. Angesichts der unbestritten schlechten Förderbedingungen im Rahmen des BAföG, scheint die Forderung nach einem grundlegenden Systemwechsel längst überfällig. Ein zentraler Stellenwert kommt in dieser Debatte der Forderung nach einem Studienhonorar zu. Kern des Studienhonorars ist eine pauschale existenzsichernde und elternunabhängige Studierendenförderung. Daneben werden weitere Bedingungen sehr unterschiedlich definiert. Extremste Ausprägung ist hierbei sicherlich die Forderung, dass Studienhonorar vollkommen einkommensunabhängig und ohne Leistungsprüfung unbefristet auszuzahlen. Ein solches Studienhonorar ist ein Eine-Bedingung-Grundeinkommen; Bedingung ist schlicht die Hochschulreife bzw. ein Studienplatz – überspitzt gleicht dies also einem Privilegierten-Grundeinkommen. Im Zeitalter von Hartz IV und Debatten über Zwangsarbeit ist eine solche Forderung nicht links und nicht zukunftsweisend, sonder Klientelpolitik.

Aber selbst ohne diese radikalste Position, offenbart die Debatte um das Studienhonorar eine erhebliche Ignoranz gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen, die häufig weniger privilegiert sind, jedenfalls nicht über ähnliche Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit verfügen. Man stelle sich nur vor, ein ALG II Beziehender würde beschließen zu streiken, um Freiräume zu haben. Ihm würden die Leistungen schneller gestrichen als er „Freiraum“ sagen könnte. In diesem Beitrag soll keineswegs die dem Studienhonorar zugrunde liegende Debatte und Problematik negiert werden. Vielmehr will dieser Beitrag aufzeigen, dass die scharf geführte Kontroverse häufig Probleme eher zuschüttet als sie zu lösen.

In der Praxis spielt für die Studienbedingungen, gerade für Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten, die aktuelle Förderhöhe, die Leistungsüberprüfung sowie die Elternfreibeträge eine viel entscheidendere Rolle als die Elternunabhängigkeit. Trotzdem stellt eine elternunabhängige Gewährung von Leistungen eine diskussionswürdige Forderung dar. Diese jedoch lediglich für Studierende zu fordern, verfehlt aus meiner Sicht aus mehreren Gründen den Status eines linken Projektes. Zu aller erst natürlich, weil Studierende eine relativ privilegierte Gruppe sind und ein derartiges Studienhonorar diese Gruppe weiter privilegieren würde. Ferner käme die Elternunabhängigkeit vornehmlich den Kindern von besserverdienenden Eltern zu Gute, die nicht in den Genuss des BAföG kommen. Vorrangiges Ziel eines linken Bildungsförderungssystems sollte es jedoch sein, die Zahl der Studierenden aus einkommensschwächeren Haushalten deutlich zu erhöhen. Dies jedoch gelänge viel

leichter, wenn das BAföG zu einem Vollzuschuss würde und die Fördersätze wie auch die Freibeträge deutlich angehoben würden.

Soll jedoch eine weiter reichende Forderung aufgestellt werden, dann stellt sich die Frage, wieso diese bei einer besseren finanziellen Absicherung von Studierenden stehen bleibt? Wieso werden nicht alle Formen und Wege der (Aus-)Bildung miteinbezogen? Damit wären allerdings eine Reihe weiterer Probleme verbunden. Würden bspw. eventuelle Gebühren finanziert, würde dies auch privat-gewerbliche Anbieter von Bildung fördern. Auch würde im Rahmen der dualen Berufsausbildung eine solche Förderung ein Kombilohnmodell sein. Je nach Anrechnungsmodus könnten so ausgebildete Beschäftigte ein geringeres Nettoeinkommen haben als während ihrer Ausbildung. Würde die Förderung dann auch noch unbefristet gezahlt, würden viele Personen ihren formalen Status des Auszubildenden nicht mehr aufgeben.

Ein elternunabhängiges Studienhonorar zu fordern, brächte noch weitere Probleme mit sich. Denn die Elternunabhängigkeit kann aus meiner Sicht nur sinnvoll gewährt werden, wenn die Unterhaltspflicht entfällt. Davon würden aber erneut, auch wegen der höheren Studierendenquote ihrer Kinder, vor allem besserverdienende Eltern profitieren. Während die Eltern einer PflegeschülerIn zu deren Unterhalt verpflichtet blieben, würden Eltern eines Studierenden aus dieser Pflicht entlassen. Würde die elternunabhängige Ausbildungsförderung allerdings allen Personen in (Aus-)Bildung zu Gute kommen, dann ergäben sich daraus wiederum weitere Probleme: Wieso sollten Eltern verpflichtet sein, einer Abiturientin Unterhalt zu zahlen, während sie bei einer Auszubildenden oder einer Studierenden von dieser Unterhaltspflicht befreit wären? Wieso überhaupt sollten dann nicht auch Kinder in der Schule, dem Kindergarten oder der Kita elternunabhängig gefördert werden? Und was wäre mit Kindern, die zu Hause betreut werden? Letztendlich würde eine Forderung nach einem Studienhonorar zu Ende gedacht zwei Dinge implizieren: Erstens wären Eltern grundsätzlich von ihrer Unterhaltspflicht gegenüber ihren Kindern befreit, mit entsprechenden verteilungspolitischen Folgen. Zweitens, Menschen jeden Alters in Ausbildung müsste eine individuelle elternunabhängige Mindestsicherung gewährt werden. Dies führt aber unmittelbar zur nächsten logischen Implikation. Wieso sollte eine Person in Ausbildung, Schule oder an der Uni grundsätzlich besser gestellt sein, als eine Person, die erwerbslos ist – ggf. so gar noch eine „Fortbildung“ dabei machen muss?

Die Debatte um das Studienhonorar zeigt aus meiner Sicht, dass die Forderung nach einem Systemwechsel wohl bedacht sein will. Denn der vorgeschlagene Wechsel würde grundlegende Reformen mindestens des Familien-, Steuer- und Sozialrechts erfordern, vielleicht sogar auch des Grundgesetzes. Dies aber setzt eine Debatte unter Einbezug aller Betroffenen und einer Betrachtung der verteilungspolitischen Implikationen voraus. Geht es darum, Bildungswege

gerade auch für Kinder aus finanzschwächeren Haushalten zu eröffnen, erscheint es wesentlich zielführender und sinnvoller, weitgehende Verbesserungen des BAföG zu fordern. Dieses sollte und könnte auf weitere Bildungsgänge ausgeweitet werden. Notwendig wäre jedoch in jedem Fall gleichzeitig eine Mindestausbildungsvergütung einzuführen. Am Ende könnte sogar noch die Schaffung eines Erwachsenenbildungsgesetzes stehen. Jedoch, auch eine solche Forderung wirft bereits erhebliche Fragen auf, die zu lösen eine Herausforderung ist. Mindestbedingung für einen großen Wurf ist es, den Gegenstand tatsächlich noch werfen zu können.

Was ist ein politischer Erfolg

Torsten Bultmann (politischer Geschäftsführer des BdWi)

Wer über Erfolge oder Misserfolge des Bildungsstreiks – und damit über dessen weitere Perspektiven - nachdenken will, muss zunächst die Frage nach den Maßstäben eines solchen Urteils stellen. Formale historische Vergleiche hinken dabei in der Regel und entspringen häufig einer besserwisserischen Veteranenlogik früherer Protestgenerationen. Seit mehr als 40 Jahren stellt sich so der 68er-Vergleich quasi automatisch ein, wenn etwa Studierende massenhaft auf die Straße gehen und Hörsääle besetzen. Statt dann konkret politisch zu analysieren, wie die aktuelle Situation an den Hochschulen eigentlich ist und was die spezifische Dynamik der Proteste und deren Potentiale ausmacht, werden die aktuellen politischen Akteure zu einer bloßen Projektionsfläche allgemeiner politischer Aufbruchwünsche vor allem anderer gesellschaftlicher Gruppen. Die Protestierenden sind dann einem Erwartungsdruck ausgesetzt, den sie objektiv gar nicht befriedigen können – und auch nicht müssen!

Die politische 68er-Konstellation war davon charakterisiert, dass die (historische) Studentenbewegung der Katalysator für die Durchsetzung einer allgemeinen Reformdynamik war, die alle sozialen Bereiche der bundesrepublikanischen Gesellschaft erfasste. Besonders »Hochschulreform« und Hochschulausbau, d.h. die drastische Erhöhung öffentlicher Bildungsfinanzierung, lagen bei allen Parteien, die Wählerstimmen haben wollten, voll im Trend. Angesicht eines völlig anachronistischen Bildungssystems, dessen wesentliche Strukturen noch aus der Kaiserzeit stammten, fürchtete sogar das westdeutsche Kapital um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit angesichts des Mangels an akademisch qualifiziertem ›Humankapital‹. Diese technokratische Modernisierungsdynamik bildete den Resonanzboden dafür, dass es der politischen Bewegung etwa an der Basis der Hochschulen gelang, einige Auseinandersetzungen zuzuspitzen und demokratische Resultate – zumindest zeitweise – durchzusetzen, die weit über die Logik kapitalistischer Modernisierung hinausgingen.

Im fundamentalen Unterschied dazu, kann die aktuelle Bildungsstreikbewegung in keinerlei politischem Trend segeln. Sie ist vielmehr gezwungen, sich politisch gegen den gesamten und politisch machtgestützten Mainstream zu stemmen, der die Entwicklung des deutschen Bildungssystems während der letzten 30 Jahre prägte. Seit Ende der 70er Jahre etwa finden in der Hochschulpolitik nur noch Rückzugsgefechte statt. Die Studierendzahlen haben sich in dem Zeitraum mehr als verdoppelt. Die Grundfinanzierung der Hochschulen wurde 1977 eingefroren. Diese strukturelle Unterfinanzierung ist wiederum der Nährboden dafür, das grundständige Studium vor allem als Einsparressource

zu betrachten – und solche Einsparungen über neue Hochschulmanagementstrukturen durchzusetzen. Das ist die wesentliche Ursache für das Scheitern des Bologna Prozesses, der im Kern als eine als Studienreform getarnte Studienzeitverkürzungsstrategie zum Zwecke finanzieller Entlastung der defizitären Hochschulhaushalte angelegt war. Zu diesem Zweck wurden die Studierenden der Dressur einer engmaschigen Prüfungsverwaltung unterworfen, die mit Sicherheit jede intellektuelle Neugierde abgetötet hat.

Dem Bildungsstreik ist es zweifelsfrei gelungen, diese Mühle anzuhalten und eine politische Konstellation zu schaffen, in der offen über eine ›Reform der Reform‹ diskutiert wird, in der folglich politisch die Karten neu gemischt werden und auch andere politische Forderungen und Interessen mit öffentlicher Resonanz entwickelt werden können. Diese Konstellation ist die Grundlage dafür, dass sich etwa die Studierenden selber wieder als politische Subjekte ihres Studiums mit eigenen legitimen Interessen und Ansprüchen erkunden und erproben können, statt bloße Objekte einer hirnrissigen Prüfungsverwaltung zu sein. Das ist noch keine politische Wende, kein gewaltiger politischer Durchbruch, aber es ist auch mehr als nichts! Es wurde eine Tür für eine andere Entwicklung zumindest geöffnet. Entscheidend ist nun, wie wir demnächst durch diese Tür gehen.

Doch selbst dieser Teilerfolg, an dem ich nicht den geringsten Zweifel habe, wird dem Bildungsstreik von so machen Kommentatoren abgesprochen. In einigen linksradikalen Publikationen wurde den Streikenden vorgeworfen, sie würden ohnehin nur »konsensfähige« Forderungen stellen und Maßnahmen durchsetzen, welche die Regierenden sowieso durchführen wollten. Damit soll offenbar die politische Harmlosigkeit und Bravheit der Proteste belegt werden. Natürlich gibt es keinen Grund, eine Bewegung kritiklos hochzujubeln, ebenso wenig wie politisch unausgegorene Positionen, die in jeder Massenbewegung zuweilen auftauchen, nicht zu kritisieren. Der genannte Vorwurf verfehlt allerdings völlig sein Thema. Erstens wird übersehen, dass eine Umarmungsstrategie, d.h. das ›Totloben‹ von Protesten, um diesen politisch die Spitze zu nehmen, seit je zur Regierungstechnik gehört. Wird dies vergessen, dann wird aus einer planmäßigen Integrationsstrategie der Herrschenden ein subjektives Defizit der Protestierenden. Zweitens stimmt nicht einmal die Prämisse der Kritik. Anfang des Jahres 2009, dem Dezennium des Bologna Prozesses, waren die Weichen in Ministerien und offiziellen Wissenschaftsverbänden in eine völlig andere Richtung gestellt: die Erfolge der ›Reform‹ sollten bejubelt und Bologna als einziges Erfolgsmodell angepriesen werden. Exakt das war der angepeilte ›Konsens‹. Dass es dann völlig anders kam, der Status Quo des Studiums so gut wie keine Verteidiger mehr findet und jetzt nur noch über Umfang und Reichweite einer ›Reform der Reform‹ die Rede ist, ist nicht einem Gesinnungswandel der Verantwortlichem in einem politischen Vakuum zu verdanken, sondern eindeutig ein politisches Resultat des Bildungsstreiks.

Damit ist natürlich noch nichts entschieden.. Die politisch offizielle Strategie lautet »Nachbessern«; es seien »handwerkliche Fehler« (Anette Schavan) gemacht worden. Zu deutsch: nicht die Bologna Strategie ist falsch, sondern zuweilen ihre Umsetzung vor Ort, dort eben, wo gehandwerkelt wird, d.h. an den einzelnen Hochschulen. Damit geraten die politisch zu verantwortenden finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen für das Debakel ebenso aus dem Blick wie die Gesamtstrategie einer Verwettbewerblichung der Hochschulen, der wir das Scheitern der Studienreform zu verdanken haben. Also wird es künftige Aufgabe sein, diese Ursachen des Scheiterns und seiner gesamten Rahmenbedingungen stärker politisch ins Zentrum zu stellen. Dass über diese Fragen überhaupt gestritten werden kann, ist einer neuen Gefechtslage zu verdanken, die ohne den Bildungsstreik nicht erklärbar wäre.

Mitwirkende:

Benedict Ugarte Chacón
Claudia Fortenatu
Haimo Stimer
Ingo Schäfer
Katharina Dahme
Konstantin Bender
Paula Rauch
Torsten Bultmann

WIDERSTAND gegen die Verschärfung sozialer Ungleichheit
und die neoliberale Umgestaltung von Bildung,
bedient sich Aktionen begrenzter Regelüberschreitung.
Strategien des rein symbolischen Protests erweisen sich als unzureichend.
Aufgrund des Mangels ernst zu nehmender Reaktionen der Regierenden
und der Medienöffentlichkeit blockieren wir Gebäude und Verkehrswege,
um den gewohnten Lauf der Dinge zu unterbrechen.
Wenn alles Wirtschaft zu sein scheint,
muss auch Protest teuer werden um sichtbar zu sein.
Diese Regelüberschreitungen sind legitim und notwendig,
denn das wogegen sie sich richten, betrifft JedeN.

linksjugend
['solid]